
Vorsitz: Slowakei**1244. PLENARSITZUNG DES RATES**

1. Datum: Donnerstag, 17. Oktober 2019

Beginn: 10.10 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr
Schluss: 18.10 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter R. Boháč
S. Kantor
B. Pavlovič

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **BERICHT DER DIREKTORIN DES BÜROS FÜR
DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND
MENSCHENRECHTE (ODIHR)**

Vorsitz, Direktorin des ODIHR (ODIHR.GAL/60/19 OSCE+), Russische Föderation (PC.DEL/1134/19), Finnland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island; sowie mit San Marino) (PC.DEL/1166/19), Aserbaidschan (PC.DEL/1146/19 OSCE+), Schweiz, Norwegen (PC.DEL/1149/19), Kasachstan, Heiliger Stuhl (PC.DEL/1133/19 OSCE+), Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika, Turkmenistan, Serbien (PC.DEL/1148/19 OSCE+), Georgien (PC.DEL/1162/19 OSCE+), Albanien (PC.DEL/1157/19 OSCE+), Armenien (PC.DEL/1170/19), Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/1137/19 OSCE+), Polen, Türkei (PC.DEL/1138/19 OSCE+), Tadschikistan (PC.DEL/1159/19 OSCE+), Liechtenstein (PC.DEL/1135/19 OSCE+), Ukraine (PC.DEL/1141/19), Finnland – Europäische Union

Punkt 2 der Tagesordnung: BERICHT DES LEITERS DER OSZE-MISSION IN
MOLDAU

Vorsitz, Leiter der OSZE-Mission in Moldau (PC.FR/29/19 OSCE+), Russische Föderation (PC.DEL/1136/19), Finnland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Georgien) (PC.DEL/1165/19), Norwegen (PC.DEL/1150/19), Türkei (PC.DEL/1158/19 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1151/19), Schweiz, Ukraine (PC.DEL/1142/19), Moldau (PC.DEL/1139/19 OSCE+)

Punkt 3 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Russlands fortgesetzte Aggression gegen die Ukraine und rechtswidrige Besetzung der Krim*: Ukraine (PC.DEL/1143/19), Finnland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien und Moldau) (PC.DEL/1168/19), Schweiz, Türkei (PC.DEL/1160/19 OSCE+), Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1154/19)
- (b) *Die Lage in der Ukraine und die Notwendigkeit, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen*: Russische Föderation (PC.DEL/1140/19), Ukraine
- (c) *49. Runde der Internationalen Genfer Gespräche am 8. und 9. Oktober 2019*: Finnland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/1169/19), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1152/19) (PC.DEL/1153/19), Russische Föderation (PC.DEL/1145/19), Ukraine, Georgien (PC.DEL/1163/19 OSCE+)

Punkt 4 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Botschafterbesuch in Tadschikistan, Usbekistan und Kasachstan vom 6. bis 11. Oktober 2019*: Vorsitz
- (b) *Sechszwanzigstes Treffen des Ministerrats der OSZE am 5. und 6. Dezember 2019 in Bratislava*: Vorsitz
- (c) *Botschafterklausur am 4. und 5. November 2019 in Rajecské Teplice (Slowakei)*: Vorsitz
- (d) *Erweiterte Botschafterklausur am 19. November 2019 in Bratislava*: Vorsitz, Russische Föderation

- (e) *Einladung zu einem Konzert anlässlich des 30. Jahrestags der Samtenen Revolution in der ehemaligen Tschechoslowakei am 18. November 2019:*
Vorsitz

Punkt 5 der Tagesordnung: BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs (SEC.GAL/172/19 OSCE+):* Geschäftsführender Direktor der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen
- (b) *Jährliches Implementierungstreffen zur Wirtschafts- und Umweltdimension am 14. und 15. Oktober 2019:* Geschäftsführender Direktor der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen (SEC.GAL/172/19 OSCE+)
- (c) *Besuch des Generalsekretärs in Serbien am 9. und 10. Oktober 2019:* Geschäftsführender Direktor der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen (SEC.GAL/172/19 OSCE+)
- (d) *Teilnahme des Büros des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE am vierten Regionalforum der Union für den Mittelmeerraum am 10. Oktober 2019 in Barcelona (Spanien):* Geschäftsführender Direktor der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen (SEC.GAL/172/19 OSCE+)
- (e) *Folgebesuch in Tadschikistan des Sonderbeauftragten und Koordinators der OSZE für die Bekämpfung des Menschenhandels am 15. und 16. Oktober 2019:* Geschäftsführender Direktor der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen (SEC.GAL/172/19 OSCE+)

Punkt 6 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Unterrichtung über den Botschafterbesuch in Tadschikistan, Usbekistan und Kasachstan vom 6. bis 11. Oktober 2019:* Italien, Russische Föderation, Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan
- (b) *Siebentes Gipfeltreffen des Kooperationsrates turksprachiger Staaten am 15. Oktober 2019 in Baku:* Aserbaidschan (Anhang 1) (PC.DEL/1164/19 OSCE+) , Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan, Türkei (PC.DEL/1161/19 OSCE+), Turkmenistan, Armenien (PC.DEL/1172/19)
- (c) *Treffen des Rates der Staatsoberhäupter der Gemeinschaft unabhängiger Staaten am 11. Oktober 2019 in Aschgabat:* Turkmenistan, Russische Föderation (PC.DEL/1147/19), Kasachstan, Usbekistan, Aserbaidschan, Belarus (PC.DEL/1156/19 OSCE+), Kirgisistan, Tadschikistan, Armenien
- (d) *Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Spanien:* Spanien (Anhang 2)
- (e) *23. Weltkongress für Informationstechnologie vom 6. bis 9. Oktober 2019 in Eriwan:* Armenien (PC.DEL/1171/19)

- (f) *Zweiter Jahrestag der Ermordung der Journalistin und Bloggerin D. Caruana Galizia*: Malta (Anhang 3), Finnland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien und Moldau) (PC.DEL/1167/19), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1155/19)

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 31. Oktober 2019, um 10.00 Uhr im Neuen Saal

1244. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1244, Punkt 6 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

die Delegation Aserbaidshans möchte den Ständigen Rat über das Siebente Gipfeltreffen des Kooperationsrats turksprachiger Staaten (Türkischer Rat), das am 15. Oktober 2019 in Baku stattfand, unterrichten.

Gastgeber des Gipfeltreffens war S. E. Ilham Aliyev, Präsident der Republik Aserbaidshan. Teilnehmer am Gipfeltreffen waren S. E. Nursultan Nazarbayev, Erster Präsident der Republik Kasachstan, S. E. Sooronbay Jeenbekov, Präsident der Kirgisischen Republik, S. E. Recep Tayyip Erdoğan, Präsident der Republik Türkei und S. E. Shavkat Mirziyoyev, Präsident der Republik Usbekistan. S. E. Viktor Orbán, Ministerpräsident Ungarns, nahm an dem Gipfeltreffen als Beobachter teil und S. E. Purli Agamyradov, Vizepremierminister von Turkmenistan, als Gast. Der Generalsekretär des Türkischen Rates, S. E. Baghdad Amreyev, nahm ebenfalls an der Veranstaltung teil.

Wir sprechen Usbekistan als neuem Mitglied des Türkischen Rates unsere Glückwünsche aus.

Aserbaidshan war zu einem wichtigen, ja sogar kritischen Zeitpunkt Gastgeber des Siebenten Gipfeltreffens des Türkischen Rates, zu dem konzertierte Bemühungen und wirksame Antworten auf die weltweiten Risiken und Herausforderungen bei der Erreichung der Ziele des Rates eine wichtige Rolle spielen. Das Gipfeltreffen bot Gelegenheit, regionale und globale Entwicklungen zu erwägen und neue Perspektiven für die Stärkung der Zusammenarbeit in allen Bereichen von gegenseitigem Interesse auszuloten.

Das Gipfeltreffen fand am zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des historischen Abkommens von Nachitschewan vom 03. Oktober 2009 statt, mit dem der Türkische Rat gegründet wurde. Im Einklang mit diesem Abkommen tragen die Mitgliedstaaten des Türkischen Rates gemeinsam zur Stärkung des Friedens und zur Gewährleistung der Sicherheit und Stabilität in der Region und weltweit bei, insbesondere durch ihre erneute Bekräftigung der Einhaltung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und anderer allgemein anerkannter Grundsätze und Normen des Völkerrechts, einschließlich

souveräne Gleichheit, territoriale Integrität und Unverletzlichkeit international anerkannter Staatsgrenzen.

Seit seiner Gründung hat der Türkische Rat eine umfassende Zusammenarbeit seiner Mitgliedstaaten zum gegenseitigen Nutzen ermöglicht und eine einmalige Rolle bei der Förderung und Bewahrung des historischen Erbes der turksprachigen Staaten sowie bei der Pflege unserer gemeinsamen Kultur, Traditionen und Werte gespielt.

Eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des Türkischen Rates zu erreichen, einschließlich der Intensivierung der Bemühungen zur Wiederbelebung der historischen Seidenstraße und deren Verbesserung durch neue Infrastrukturprojekte, zählt zu den Schwerpunkten Aserbaidshans während seines Vorsitzes im Rat. Davon zeugte auch das Thema des letzten Gipfels: „Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen“.

Aserbaidshan unterstützt die Vertiefung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des Türkischen Rates und des Beobachterstaats Ungarn und begrüßt die Eröffnung des Büros der Vertretung des Rates in Budapest am 19. September 2019. Die Zusammenarbeit Ungarns mit den Mitgliedstaaten des Türkischen Rates wird in vielen Bereichen erfolgreich weiterentwickelt, und wir sind zuversichtlich, dass dieses Büro dazu beitragen wird, die Verbindungen des Türkischen Rates mit europäischen Institutionen zu stärken.

Während seines Vorsitzes im Türkischen Rat beabsichtigt Aserbaidshan, seine Beziehungen zu den Mitgliedstaaten des Rates weiter zu vertiefen, sowohl bilateral als auch multilateral. Wir sind überzeugt, dass es ungenutztes Potenzial für die Zusammenarbeit der OSZE mit dem Türkischen Rat gibt, dessen Mitgliedstaaten auch Teilnehmerstaaten der OSZE sind. Eine Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Organisationen, die dieselben Grundsätze und Werte teilen, wird uns auf dem Weg zur Erreichung unseres gemeinsamen Ziels der Stärkung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region wertvolle Impulse geben. Wir ermutigen das Sekretariat und die zuständigen Durchführungsorgane der OSZE, zu diesem Zweck mit dem Sekretariat des Türkischen Rates zusammenzuarbeiten, um die Zusammenarbeit, insbesondere in der wirtschaftlichen Dimension der Sicherheit, zu vertiefen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

1244. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1244, Punkt 6 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SPANIENS**

Herr Vorsitzender,

die Ständige Vertretung Spaniens bei der OSZE hält diese Organisation mit ihren Erklärungen im Ständigen Rat zu „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Spanien“ regelmäßig über die Lage in Katalonien auf dem Laufenden.

Nun meldet sich unsere Delegation im Geiste von Transparenz, Normalität und Vertrauen zwischen Teilnehmerstaaten, Kooperationspartnern, Institutionen und OSZE-Sekretariat erneut zu Wort. Anlass dafür ist die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in der Rechtssache 20907/2017, die am vergangenen Montag bekannt gemacht wurde.

Die spanische Regierung hat in einer Erklärung des Ministerpräsidenten wenige Stunden nach der Bekanntgabe des Urteils angekündigt, dass sie der richterlichen Entscheidung uneingeschränkt Folge leisten wird. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass das Urteil ein Gerichtsverfahren beendet, das absolut rechtskonform und transparent durchgeführt wurde – wie es einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat ansteht.

In der spanischen Verfassung, einer modernen und Rechte und Freiheiten gewährleistenden Verfassung, sind die Grundwerte Gleichheit, Freiheit, Recht und politischer Pluralismus verankert.

Das Fundament dieser Werte ist der Grundsatz, der unsere Demokratie untermauert, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind. Niemand steht über dem Gesetz, wir alle müssen uns an die Gesetze halten.

In einer Demokratie wird niemand wegen seiner Ansichten oder politischen Vorhaben verurteilt, sondern ausschließlich für Taten, die in unserer Rechtsordnung als Straftaten definiert sind.

Die Verfassung von 1978 hat die Diktatur Francos beendet. Eine Verfassung, die uns die Integration in die Europäische Union ermöglichte. Dank dieser Verfassung ist es Spanien gelungen, in Rekordzeit – in wenig mehr als 40 Jahren – zu einer der weltweit führenden

Demokratien zu werden. Eine Verfassung, daran sei erinnert, die von den Katalanen mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde.

Herr Vorsitzender,

unsere Verfassung ruht auf drei Grundprinzipien:

- Das erste Prinzip ist die Gleichheit aller Bürger.
- Das zweite Prinzip ist die territoriale Vielfalt. Die Einheit Spaniens beruht auf der Anerkennung der großen Vielfalt des Landes, die in einem hohen Grad an Selbstverwaltung in den Autonomen Gemeinschaften zum Ausdruck kommt. Die Autonomie in Katalonien und in allen Autonomen Gebietskörperschaften unseres Landes zählt zu den stärksten weltweit.
- Das dritte Prinzip ist – wie in allen mit der spanischen Verfassung vergleichbaren demokratischen Verfassungen der Welt – die Unverletzlichkeit der territorialen Integrität und die Verteidigung der nationalen Souveränität.

Die Handlungen, die der Oberste Gerichtshof mit seiner Entscheidung verurteilt hat, haben gegen diese drei demokratischen Prinzipien verstoßen.

- Erstens wurden die Rechte der Mehrheit der katalonischen Bevölkerung, die nicht für die Unabhängigkeit eintritt, missachtet, was zu einem Riss im friedlichen Miteinander der Menschen in der Gesellschaft Kataloniens führte.
- Zweitens ist die katalanische Selbstverwaltung im Autonomiestatut Kataloniens anerkannt und verankert. Und dieses Autonomiestatut wurde einseitig von der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung verletzt und missachtet.
- Drittens wurden die territoriale Integrität und das Prinzip der nationalen Souveränität angegriffen und damit auch die Rechte und Freiheitsrechte aller Katalanen und der spanischen Nation.

Herr Vorsitzender,

in derselben Erklärung hat der Ministerpräsident auch angekündigt, dass die Regierung Spaniens in den kommenden Tagen darauf achten wird, dass das Zusammenleben, die Sicherheit und die Achtung der demokratischen Rechtmäßigkeit gewährleistet bleiben. Sie wird das mit demokratischer Entschlossenheit, Verhältnismäßigkeit und im Sinne der Einheit tun.

Abgesehen von der unmittelbaren Reaktion auf das Urteil werde die Regierung entschlossen dazu beitragen, dass die durch die Unabhängigkeitsbewegung gespaltene Gesellschaft wieder zu einander findet.

Der Ministerpräsident hat auch betont, dass Katalonien den Dialog mit den Katalanen suchen muss. Dabei steht nicht nur die friedliche Koexistenz in Katalonien sondern die territoriale Integrität Spaniens auf dem Spiel. Die *Generalitat de Catalunya* und das

katalanische Parlament müssen ihrer Verantwortung gerecht werden, dass sie alle Katalanen – jeden einzelnen – vertreten und regieren und nicht nur eine separatistische Minderheit. Wenn sie das tun, werden sie in der spanischen Regierung einen Gesprächspartner finden, der zum Dialog auf dem Boden der Rechtstaatlichkeit bereit ist.

Das Urteil setzt den Schlusspunkt unter ein exemplarisches Gerichtsverfahren und besiegelt das Scheitern eines politischen Manövers, das mit ständigen Fehlinformationen und Lügen versuchte, innenpolitische Unterstützung und internationale Anerkennung zu finden – und das fehlgeschlagen ist. Es hat ein trauriges Erbe, aus Schmerz und Konfrontation und eine tief gespaltene Gesellschaft in Katalonien hinterlassen.

Herr Vorsitzender, damit komme ich zum Schluss.

Der Ministerpräsident Spaniens bekräftigte, dass nunmehr eine neue Epoche beginnen kann, in der wieder Eintracht das Fundament des politischen Lebens in Katalonien bildet.

Eine Epoche, in der ein modernes, pluralistisches und tolerantes Katalonien wieder die Rolle in Spanien übernehmen kann, die ihm von Rechts wegen und seit alters her zusteht. Wir sollten alle gemeinsam mit vereinten Kräften unser gemeinsames Vaterland Europa im 21. Jahrhundert stärken. Europa als unser aller gemeinsame Zukunft, ein Vorhaben also, in dem die Bevölkerung Kataloniens und ganz Spaniens ihren Platz findet.

Unsere Zeit bringt Herausforderungen mit sich, die eine geteilte Souveränität erfordern und nicht deren Zerstückelung. Europa ist der gemeinsame Raum, in dem wir diese Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern können.

Die Entwicklungen, die unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft verändern wie die digitale Revolution, die Sicherung der sozialen Rechte und der Freiheitsrechte, die Reaktion auf den Klimawandel und die Herausforderung durch den internationalen Terrorismus – sind alle global und können nur im Rahmen eines supranationalen Projekts wie der Europäischen Union angegangen werden.

Abschließend stellte der Ministerpräsident erneut fest, dass es in dieser neuen Epoche das einzige Ziel sein muss, das friedliche Miteinander in Katalonien wiederherzustellen. Und das ist nur über einen Dialog möglich, einen Dialog, dessen Richtschnur einzig die Rechtstaatlichkeit, also die spanische Verfassung, sein muss.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1244. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1244, Punkt 6 (f) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MALTAS**

Herr Vorsitzender,

gestern jährte sich der brutale Mord an Daphne Caruana Galizia zum zweiten Mal. Eingedenk dieses abscheulichen Anschlags auf eine Journalistin, der umgehend auf höchster Ebene verurteilt wurde, steht die Regierung Maltas zu ihrer Zusage, diesen Fall unter allen Aspekten aufzuklären, und dem Recht Genüge zu tun. Wir möchten anmerken, dass gegen drei Personen bereits Anklage erhoben wurde.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir der trauernden Familie unsere Solidarität bekunden und auf den jüngsten Dialog zwischen dem Premierminister und der Familie hinweisen, dessen Ziel es ist, im Hinblick auf die vor kurzem angekündigte öffentliche Untersuchung Einvernehmen zu erzielen.

Im Rahmen unserer Verpflichtung zur Transparenz möchte ich Sie bei dieser Gelegenheit über die jüngsten Entwicklungen unterrichten.

In unserer letzten Erklärung zum neuesten Stand auf der 1236. Sitzung des Ständigen Rates am 18. Juli haben wir den Ständigen Rat darüber informiert, dass gegen drei Personen, die des Mordes an Daphne Caruana Galizia beschuldigt sind, Anklage erhoben wurde.

Nur zwei Monate nach dieser wichtigen Entwicklung beauftragte Premierminister Joseph Muscat am 20. September den pensionierten Richter Michael Mallia damit, eine unabhängige öffentliche Untersuchung des Mordes an Daphne Caruana Galizia im Rahmen des *Inquiries Act* (Kapitel 273 des maltesischen Gesetzbuchs) zu leiten. Der Untersuchungsausschuss hat ein bestimmtes Mandat, demzufolge er bestrebt sein muss, seine Arbeit innerhalb von neun Monaten abzuschließen.

Die Untersuchung wurde nach fachlichen Erörterungen mit Vertretern des Europarats und im Einklang mit dem konsequenten Standpunkt der Regierung angekündigt, dass die Einsetzung einer öffentlichen Untersuchung die Integrität der Ermittlungen und strafrechtlichen Verfahren, die bereits im Gange sind, nicht beeinträchtigen darf. Deshalb wird in dem Mandat in einem eigenen Punkt klargestellt, dass die Untersuchung so durchgeführt

werden muss, „dass jedwede strafrechtliche Ermittlung oder Strafverfolgung oder deren Integrität nicht behindert oder beeinträchtigt wird“.

Die Regierung Maltas wird sicherstellen, dass alles getan wird, um alle Hintermänner des Mordes zu verurteilen. Wie in ihrer gestrigen Pressemitteilung bekräftigt wird, hat die Regierung „vollstes Vertrauen in die laufende Arbeit der Ermittler und des unabhängigen Untersuchungsrichters, die weiterhin in Ruhe und unabhängig ihre Aufgaben erfüllen können sollten“.

Malta wird weiterhin entschlossen seinen Einsatz für und seine Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Organisationen fortsetzen. Unser Land ist für die geleistete Hilfe des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit sehr dankbar, insbesondere während der Rechtsreform, die 2018 zur Verabschiedung und zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes über Medien und Verleumdung führte. Das Gesetz ist ein bedeutender Schritt zur Angleichung des maltesischen Mediengesetzes an die höchsten internationalen Standards betreffend die freie Meinungsäußerung. Malta ist entschlossen, weiterhin offen für Dialog und Zusammenarbeit zu bleiben, wie dies auch das hochrangige Treffen mit dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit zeigte, das Anfang dieser Woche im Zuge seines Besuchs in unserem Land stattfand. Wir rufen ferner zur vollständigen Umsetzung der im Beschluss des Ministerrats von Mailand enthaltenen Bestimmungen über die Sicherheit von Journalisten auf.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung zusammen mit der erwähnten Pressemitteilung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Vielen Dank.

PR192205

16/10/2019

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG MALTAS

Zwei Jahre nach dem Mord an Daphne Caruana Galizia, einem erschütternden Anschlag auf das ganze Land, bekräftigt die Regierung von Malta die Verpflichtung der zuständigen Behörden, weiterhin dem Recht Genüge zu tun.

Die Ermittlungen, in die in verschiedenen Phasen internationale Organisationen wie FBI und Europol eingebunden waren, gehen weiter. 50 Tage nach dem Mord wurden drei Personen festgenommen und zum Mord an Daphne Caruana Galizia, dessen sie beschuldigt wurden, vor Gericht befragt. Vor einiger Zeit wurde gegen sie offiziell Anklage erhoben.

Die Regierung hat vollstes Vertrauen in die laufende Arbeit der Ermittler und des unabhängigen Untersuchungsrichters, die weiterhin in Ruhe und unabhängig ihre Aufgaben erfüllen können sollten.

Wie bereits von der maltesischen Regierung angekündigt wird auch eine unabhängige Untersuchung eingesetzt.